

zwischen das Konjunkturbild beeinflussende Veränderungen eingetreten sind.

In erster Linie war für die Wirtschaftskrise die ungünstige Preisentwicklung verantwortlich. Wie stellt sich heute das Bild dar? Der Preisabfall konnte auch im August keinen Fortschritt machen, im Gegenteil war eine Preissteigerung zu verzeichnen. Ende August betrug die Großhandelspreiszahl der "Frankfurter Zeitung" 132, ungefähr soviel wie Ende Mai. Gegenüber dem Höchststand der Warenpreise Ende April mit 146 % des Friedensstandes ist der Preisrückgang nicht bedeutend genug. Die Getreidepreise, aber auch die anderen Lebensmittelpreise sind gestiegen, ebenso die Preise für die meisten ausländischen Rohstoffe. Die Lebenshaltungskosten blieben unverändert. Die Werten betragen im Reichsdurchschnitt ungefähr 70 % der Kriegszeit. Die Ernährung war dagegen um 22 %, Bekleidung um 42 %, Heizung und Beleuchtung um 41 % teurer als vor dem Kriege. Im ausländischen Warenverkehr waren die Preise ohne Zweifel niedriger. Die Industrie hat für das Inland höhere Preise bezogen als für das Ausland. Mit andern Worten, sie hat "Warenumping" getrieben. Dieser Preisunterbietung gegenüber der Auslandskonkurrenz ist es zu verdanken, daß die Handelsbilanz im Monat Juli zum ersten Male in diesem Jahre wieder einen Ausfuhrüberschuß zeigte, wenn auch nur in einem geringen Ausmaß, (17 Millionen Goldmark). Bekanntlich war bis Ende Juni ein Einfuhrüberschuß im gewaltigen Betrag von 1,6 Milliarden Goldmark vorhanden, ein Zustand, der auf die Dauer nicht zu halten war. Im Monat Juli ist die Einfuhr gegenüber dem Vormonat um 200 Millionen Goldmark zurückgegangen, die Ausfuhr um 100 Millionen gestiegen. Der Rückgang der Einfuhr entfällt aber zum größten Teil auf Rohstoffe (statt 308 Millionen im Juni wurden im Juli nur für 198 Millionen Rohstoffe eingeführt). Es fragt sich, ob die Ausfuhr in den folgenden Monaten ohne Scheidelerkennung sich erhöhen kann. Dies hängt mit einer gesunden Preisentwicklung, die statt Dumping durch die Veränderung der Sohlenelemente der Produktion wirken soll, und mit der Gewinnung ausländischer Absatzmärkte zusammen.

Daß die Preise trotz der niedrigen Röhne, deren Anteil an den Produktionskosten viel geringer ist als vor dem Kriege, hoch sind, daran waren die Geld- und Kreditknappheit, die ungesunden Zinsen, ein unrichtiges Steuerwesen, die hohen Frachtkosten, nicht zuletzt auch eine unter den gegenwärtigen Verhältnissen unzureichende Organisation der Industrie schuld. In bezug auf diese Punkte sind manche Veränderungen eingetreten.

Die Krise des Geld- und Kreditmarktes ist heute etwas gemindert, sie dürfte in Zukunft weitere Erleichterungen erfahren. Die Reichsbank hält auch heute noch an den Kreditbeschränkungen fest. Inwiefern können sich die Banken leichter bewegen und ohne große Kassenbestände Kredite gewähren. Allerdings können nur Firmen ersten Ranges Kredite erhalten. Die Errichtung der neuen Reichsbank und die 800-Millionen-Anleihe sollen bald neue Zahlungsmittel in den Verkehr bringen. Sogar können die ausländischen Privatkredite. Borecht sind diese nur noch jählich vorhanden, doch sollen große amerikanischen Privatkredite bald gewährt werden. Man redet von 80 Millionen Dollars. Bei der großen Selbstlosigkeit und dem niedrigen Zinsfuß in Amerika ist dies wohl zu erwarten. Die Kreditzinsen, die die deutsche Wirtschaft tragen muß, werden jedoch weiter hoch bleiben und nur allmählich mit der völligen Wiederherstellung der Kreditfähigkeit Deutschlands wieder sinken. Die Produktion wird durch diese Zinsen auch in der Zukunft verzuert. Der teure Kredit wirkt nachteilig auf die Röhne zurück; zugunsten des Finanzkapitals werden diese geschmälert, was auf der andern Seite zum weiteren Nachlassen der Kaufkraft und zur Abschwächung des inneren Marktes beiträgt. Wichtig sind noch die hohen Frachtkosten. Sie standen Ende August immer noch bedeutend höher (durchschnittlich um 12 %) als die Großhandelspreise. Die Regierung hat eine Ermäßigung der Frachtkosten zugestimmt. Inwiefern können diese infolge des Sachverständigenplanes nicht wesentlich ermäßigt werden. Man könnte aber wenigstens einen Ausgleich zwischen den Frachtkosten der einzelnen Warengruppen schaffen, die gegenwärtig sehr ungleichmäßig behandelt werden. Die Umjahsteuer, die für die Versteuerung zum Teil verantwortlich ist, wurde immer noch nicht ermäßigt. Nach einer Regierungsvorlage soll sie um ein halbes Prozent herabgesetzt werden — eine recht ungenügende Ermäßigung. Um die Rolle der Umjahsteuer erneuern zu können, müssen wir wissen, daß im Veranschlag für das laufende Finanzjahr die Umjahsteuer nicht der gesamten Staatseinkommen auf die Umjahsteuer entfällt, und daß in den ersten Monaten des Finanzjahres (April bis Juni) fast die Hälfte der Summe (678 Millionen), die für ein ganzes Jahr aufgebracht werden soll (1200 Millionen) erzeugt wurde. In diesen Zahlen, wie in den übrigen Reichseinkommen, kommt auch die ungerichte Verteilung der Lasten zum Ausdruck. Die Steuern auf Vermögen und Erbschaft haben ganz geringfügige Summen gebracht. Die Lohnlage ist im Monat August ungefähr die gleiche geblieben, freilich hat sich die Lage der Lohnarbeiter infolge der Kurzarbeit wesentlich verschlechtert. — In organisatorischer Hinsicht war die Industrie befreit, sich den neuen Verhältnissen anzupassen. Der Zusammenschluß von Industriebetrieben macht weitere Fortschritte. Nur erfolgt er in der letzten Zeit nicht durch vertikale Konzentrationen, sondern durch horizontale, das heißt durch Zusammenfassung gleichartiger Betriebe. War die vertikale Konzentration die Folge der billigen Reichsbankkredite und der Angst um ausreichende Rohstoffversorgung (was allerdings noch die Erparnisse an Umjahsteuer hinzukommen), so ist der Zweck der neuerlichen horizontalen Konzentration, die zu meist in Form von "Interessengemeinschaften" zustande kommt, neben Preis- und Absatzpolitik eine Gleichmäßigkeit der Produktion in die Wege zu leiten.

Neben diesen Faktoren ist für die Wiederbelebung der deutschen Ausfuhr die von Deutschland verfolgte Handels-

politik von großer Bedeutung. Die Wege der Handelspolitik sind heute viel schwieriger als zuvor; überall in der Welt herrscht der Geist der Abzerrung. Die ausländischen Märkte werden durch Zollschranken verengt. Ist es eine richtige Handelspolitik, wenn sich auch Deutschland mit Zollmauern umgibt? Man sagt, die hohen Zölle sind notwendig, damit man bei den Handelsvertragsverhandlungen mit andern Ländern durch Herabsetzung der Zölle Zugeständnisse erreichen kann, die ohne diese Waffe nicht zu erhalten wären. Dieser Weg ist aber äußerst bedenklich. Er kann zum Schluß zu einer weiteren Abzerrung, zur Erschöpfung der Verhandlungen, schließlich aber, selbst im Falle einer gewissen Herabsetzung der Zölle, zur übermäßigen Verteuerung der inländischen Produktion und des Verbrauchs sowie zur Steigerung der arbeitslosen Gewinne führen.

Streiks und Lohnbewegungen.

Maurer, Bauhilfsarbeiter und Tischbauarbeiter:

Im Streik oder ausgesperrt sind die Kollegen in Angerburg (Firma Wallowich), Wilschaffenburg, Calau, Greifswald (Baustelle Regentin), Keilheim, Wagsberg, Ribberwiese (Ziehw), Paskow, A. Schl., Pilsalken, Kößel (Zellerei), Weichau, Weckeland a. Spitt., Wornsditt, Zittau (Steinseher).

Gipser und Stukkateure: Streik in Heilbronn.

Holzer: Gestreikt wird im gesamten rheinisch-westfälischen Industriegebiet.

Hölzer: Ausgesperrt sind aus Anlaß des Streiks in Los bei Densomert in Freifaßta Baden. Gestreikt ist Wunzau sowie die Densfabrik in Angerburg. Im Streik stehen die Densseher in Beuthen, Hindenburg, Gleiwitz und Oppeln.

Lehrlingsmangel im Baugewerbe?

Zum 16. September hatte das preussische Ministerium für Handel und Gewerbe die beteiligten Kreise zu einer Aussprache eingeladen darüber, wie dem im Baugewerbe vorhandenen Mangel an Lehrlingen abgeholfen werden könne. Vertreten waren bei diesen Verhandlungen außer dem Einrufer, der Reichswirtschaftsrat, das Reichsarbeitsministerium, die Reichsarbeitsverwaltung, das preussische Finanzministerium, die Berufsberatungämter von Berlin und Brandenburg, die Innung der Baugewerksmeister, der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe, ferner der Deutsche Baugewerksbund durch Peleers, der Zimmererverband durch Schumann, der christliche Bauarbeiterverband durch Wiedberg sowie der Christlich-Demokratische Holzarbeiterverband. Der von preussischen Ministerium für Handel und Gewerbe bestellte Referent führte, die Beratungen einleitend, etwa aus: In den zurückliegenden Zeiten habe sich bei annähernd normaler Bautätigkeit ein fühlbarer Mangel an geeigneten Facharbeitern gezeigt, der zurückzuführen sei auf die unzureichende Ausbildung von Lehrlingen. Es müßten Maßnahmen getroffen werden, diesem Uebelstand abzuwehren. Denn sobald wieder normale Bautätigkeit einsetze, würde der Mangel an Facharbeitern unentzerrig werden. In manchen öffentlichen Bauten, im wesentlichen den Großfirmen ausgeführt, würden Lehrlinge überhaupt nicht gehalten. Ob die Bereitstellung von Lehrstellen der Nachfrage entspreche, wisse er nicht, da Zahlen hierüber fehlten. Es sei ihm bekannt, daß Arbeitgeber über hohe Lehrlingslöhne klagten und daß ihnen die tarifliche Regelung nicht gefalle. Diese Auffassung sei jedoch heilich; denn die Röhne seien wohl günstiger als für andere Berufe, aber doch nur dem Anschein nach. Im Baugewerbe liegen die Verhältnisse anders als in andern Berufen. Günstige Röhne würden sogar ein Anreiz für größeren Anbruch zum Bauberuf sein. Die tarifliche Regelung der Lehrlingsfrage beschneide das Erziehungswort des Arbeitgebers nicht; denn im Baugewerbe könne der Arbeitgeber dieses Recht kaum ausüben, die Lehrlingsausbildung falle ganz natürlich in den Händen von Politikern zu. Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände müßten mehr Propaganda für die Erlernung des Bauberufes machen, das Handwerkzeug müßte den Lehrlingen gehalten werden usw. — Die Vertreter der Reichsbehörden erklärten, daß auch ihnen an der Förderung der Angelegenheit läge, daß sie aber erst diese Aussprache gehört haben wollten, ehe sie sich dann an der Sache beteiligten. Die Vertreter der Berufsberatungstellen wiesen an Hand von Zahlen nach, daß die Bereitstellung von Lehrstellen der Nachfrage nicht entspreche. Es sei ihnen auch bekannt, daß die Arbeitgeber in diesen Fällen den tariflichen Lohn nicht gähen. Dadurch werde Abneigung gegen den Bauberuf erzeugt.

Der Obermeister der Zwangsinnung und die Herren Wehrens und Milenz vom Arbeitgeberbund berichtigten zu beweisen, daß die tarifliche Regelung der Lehrlingsfrage die Arbeitgeber veranlasse, keine Lehrlinge zu halten. Besonders die hohen Röhne, die Gewährung von Ferien trügen dazu bei. Wehrens' Meinung nach sei doch der Besuch der Fortbildungsschule bereits Ferien genug. Der Herr Obermeister hielt sogar unter 100 Gefellen und Politikern höchstens einen zur Ausbildung von Lehrlingen für geeignet; Innungsmeister hält er jedenfalls alle für geeignet, Lehrlinge auszubilden. Auch beklagten sich die Unternehmervertreter über die Handwerkerkammern wegen Schwierigkeiten beim Ausschreiben von Lehrlingen. Wehrens verlangte von der Regierung eine klare Stellung darüber, ob der Lehrling Arbeiter sei und unter den Tarifvertrag falle. Der Reichsarbeitsminister habe diese Auffassung vertreten; die Gerichte seien jedoch anderer Meinung gewesen. Aber lange nicht alle Gerichte. Unsere Vertreter haben den Herren dann gesagt, wie die Arbeiter über die ganze Sache denken. Ein fühlbarer Mangel an geeigneten Baufacharbeitern bestehe nicht, solange noch Tausende von Facharbeitern arbeitslos sind. Bei normaler Bauwirtschaft werden auch die Arbeitskräfte zurückgehen, die wegen der Unsicherheit im Baugewerbe abgewandert sind. Zahl man den Bauarbeitern ausreichende Röhne, so wird auch ein größerer Anbruch zum Bauberuf zu erwarten sein. Die Bauarbeiterorganisationen sind nicht abgeneigt, in der Lehrlingsfrage mitzuwirken, im Gegenteil erstreben sie ein

besseres Lehrlingswesen. Maurer- und Zimmererlehrlinge sind Arbeiter im Sinne des Tarifvertrages. Wie die Lehrlingsregierung im Sinne der Arbeitgeber in Wirklichkeit aussehen soll, das zeigte Herr Wehrens mit seiner Ansicht, daß Fortbildungsschulbesuch als Ferien zu rechnen sei. Wir verlangen von der Regierung, daß sie mit den alten Einrichtungen der Innungen aufräumt und den Gewerkschaften das Mitbestimmungsrecht in Lehrlingsfragen gibt und Sorge trägt, daß sie auch in den Handwerkerkammern genügend Einfluß erhalten. — Der Referent legte folgende Vorschläge vor, die er zu unterstützen hat:

- 1. Die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände stellen dem preussischen Ministerium für Handel und Gewerbe die ermittelten Zahlen über Lehrlingshaltung zur Verfügung.
- 2. Es ist zu unterstützen, daß Lehrlinge ausgelastet werden können.
- 3. Bei Anträgen auf frühere Ausschreibung von Lehrlingen sollen die Handwerkerkammern Entgegenkommen zeigen.
- 4. Den Lehrlingen ist, wenn irgend möglich, das Handwerkzeug vom Arbeitgeber zu stellen. — Damit war die Sitzung beendet. Der Referent ergründete die anwesenden Vertreter, ihn in seinen weiteren Bemühungen zu unterstützen.

In der Tiefe liegt der Kern!

Weshalb ist unser Bund im Mitgliederbestand so zurückgegangen? Man sagt, die bolschewistischen Gebrüder, die Arbeitslosigkeit, die erhöhten Beiträge, die Einstellung der Auszahlung unserer Verbandsunterstützungen trügen daran die Schuld. Das alles mag richtig sein. Aber liegt es nicht letzten Endes daran, daß viele unserer Kollegen nicht genügend geistig geschult waren, um diese Dinge zu begreifen? Gätten sie, genügendes Begreifen der Wirtschaftsentwicklung und der politischen Verhältnisse bei ihnen vorausgesetzt, dann auch die Organisation verlassen? Ist nicht die Antwort: Ja, für den Denkenden sind solche Gründe nicht ausreichend.

Unser Bund ist in den letzten Jahren wohl in die Breite, aber nicht in die Tiefe gewachsen. Nur die Lohnfrage spielte bei den Mitgliedern noch eine Rolle. Von Bindungen in die Wirtschaft und Politik war keine Rede mehr. Die geistige Ausbildung flackte. Und das ist der wirkliche Grund unseres Mitgliederrückganges.

Wir müssen also die Geister zu schulen, und nicht noch einmal eine Enttäuschung zu erleben, daß die Organisation allen Zukunftstürmen gegenüber geappartiert ist. Wir müssen den Organisationsgeboten vertiefen. Welche Wege sind da zu begehren? In großen Versammlungen einen Vortrag über irgendein Thema halten, mag ganz gut sein, trifft aber noch meiner Meinung nicht das Richtige. Wir müssen zu regelmäßigen, sich zeitlich gleichmäßig wiederholenden Diskussionsabenden in kleineren Bezirken übergehen, nicht nur im Vorort der Baugewerkschaft, sondern auch draußen auf den Maurerhöfen. In kleineren Kreisen müßten kleine Vorträge gehalten werden, die dann eine geistige Aussprache ergeben. Wirben wir einmal unsere Mitglieder befragen, was im letzten „Grundstein“ gestanden, aber wie die Erörterungen des Bundes lauten, welchen Zweck, welche Ziele der Bund erstrebt, aber wie die Organisationen im Baugewerbe entstanden sind, wir würden auf eine erschreckende Unwissenheit stoßen. Hier gilt es einzufahren. Man unterrichte in keinem Kreise über das Werden unseres Bundes, über die Gewerkschaftsbewegung und ihre Entwicklung, über das Wirtschaftswesen, über Wirtschaftstragen, über Weltau und Warenpreise, über das Genossenschaftswesen, über die Sozialgesetzgebung, nicht zuletzt über das Betriebsrätegesetz. In allen diesen Fragen ist noch viel Aufklärung nötig. Sie können auch in kleinen Versammlungen recht gut besprochen werden. Auch könnte es nichts schaden, wenn in solchen sich regelmäßig wiederholenden Versammlungen über die Reichs- und Landesverfassung, über die Gemeindeordnung gesprochen würde. Wie oft hört man den Ausdruck: „Nichts hat sich geändert, alles ist geblieben, wie es war.“ Das beruht nur große Unkenntnis.

Das wären so einige Beratungsgegenstände für regelmäßige Diskussionsabende. Ich höre schon sagen: Das läßt sich nicht durchführen, es ist zu kostspielig. Gewiß müßten in größeren Baugewerkschaften oder Bezirken Kollegen, die das Zeug zu solchen Vorträgen haben, freigelegt werden; denn dies dürfte aber an der Kostenfrage nicht scheitern; denn es gilt ja dem Aufbau des Bundes. Mancher wird auch sagen, es sei schade um das Geld, wenn nur 10 oder 15 Mannlein zu solchen Zusammenkünften erscheinen. Demgegenüber sage ich: Wange machen gilt nicht! Wir müssen diesen Weg gehen, wenn wir das gelockerte Bundesband wieder fester knüpfen wollen. Sind diese Vortragsabende einmal zur ständigen Einrichtung geworden, dann wird daraus jeder Baugewerkschaft, jedem Bezirk ein großer Stamm zuverlässiger, opferfreudiger Kollegen erwachsen, die dann die Träger und Stützen der Organisation sind. Darum nochmals: Wir müssen mit dem Aufbau der Aufklärung in die Tiefe dringen, soll der ausgestreute Samen feste Wurzeln fassen, soll unser Bund Stützen von links oder rechts trotz und unbesiegt überdauern. Nur in der Tiefe liegt der Kern der Organisation.

Ger mann Lehmann, Ottenberg-Orkla.

Aus den Bezirksverbänden.

Bezirksverband Hannover. In Nr. 87 des „Grundstein“ hatten wir über die im Ausperrungsgebiet Nienstedt, Minden, Lippe ergebnislos verlaufenen Verhandlungen berichtet. Am 30. August ist unter dem Vorsitz des Herrn Schöbel, Vertreter des Schlichters für Westfalen, abermals verhandelt und ohne Mitwirkung der Parteien ein Schiedsspruch gefällt worden, wonach 1. die Arbeit sofort in sämtlichen Betrieben und ausperrenden Betrieben wieder aufgenommen werden soll, 2. Lohngebiet I nach Aufnahme der Arbeit eine Lohnerhöhung von 6 1/2, vom 10. Oktober an von einem weiteren Pfennig erhält, ebenso Lohngebiet II von 8 1/2, und alle übrigen Gebiete von 2 1/2 die Stunde; 3. diese Regelung bis auf weiteres gilt und

